

Merkblatt unbezahlter Urlaub

Unbezahlter Urlaub von über 1 Monat

- Möglichkeit zur freiwilligen Weiterversicherung
 - im bisherigen Umfang oder
 - ohne weiteren Aufbau der Altersvorsorge, beschränkt auf Risiken Tod und Invalidität
- auf Verlangen der versicherten Person innert 30 Tagen nach Urlaubsbeginn mit Angabe der gewünschten Versicherungsdauer
- für höchstens zwölf Monate
- Bezahlung der gesamten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge durch versicherte Person
- Meldung des unbezahlten Urlaubs durch Arbeitgeber

Unbezahlter Urlaub von mehr als 7 Tagen und höchstens 1 Monat

- automatische Weiterversicherung ohne weiteren Aufbau der Altersvorsorge, beschränkt auf Risiken Tod und Invalidität
- keine Bezahlung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge
- Meldung des unbezahlten Urlaubs durch Arbeitgeber

Unbezahlter Urlaub von höchstens 7 Tagen

- automatische Weiterversicherung im bisherigen Umfang
- normale Bezahlung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge
- keine Meldung des unbezahlten Urlaubs durch Arbeitgeber

Offene Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Reglementarische Bestimmungen

Art. 9 Vorsorgereglement (Freiwillige Versicherung bei Wegfall Versicherungspflicht)

- ¹ Die versicherte Person kann die Versicherung für höchstens zwölf Monate freiwillig weiterführen, wenn bei bestehendem Arbeitsverhältnis die Versicherungspflicht entfällt und die Austrittsleistung nicht verlangt wird. Die freiwillige Versicherung ist mit Meldung an die Pensionskasse bis 30 Tagen nach Wegfall der Versicherungspflicht zu verlangen. Die Meldung hat die Dauer der freiwilligen Versicherung zu enthalten. Zudem hat die versicherte Person der Pensionskasse mitzuteilen, in welchem Umfang sie die Versicherung weiterführen will. Die versicherte Person kann die Weiterversicherung im bisherigen Umfang oder die Weiterversicherung ohne weiteren Aufbau der Altersvorsorge, beschränkt auf die Risiken Tod und Invalidität, verlangen. Die Austrittsleistung bleibt in der Pensionskasse und wird verzinst, auch wenn die Altersvorsorge nicht weiter aufgebaut wird.
- ² Die Bestimmungen des PKG und dieses Reglements finden auf die freiwillige Versicherung sinngemäss Anwendung. Es gelten folgende Abweichungen:
 - a) Der freiwillig versicherte Lohn entspricht dem versicherten Lohn vor Wegfall der Versicherungspflicht.
 - b) Die versicherte Person bezahlt auf dem freiwillig versicherten Lohn die reglementarischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge vollumfänglich selbst. Die versicherte Person hat auch allfällige Sanierungsbeiträge zu leisten. Die Beiträge sind innert 30 Tagen seit Rechnungsdatum zahlbar. Nach Ablauf der Zahlungsfrist ist ein Verzugszins von 5 Prozent gemäss Art. 104 Abs. 1 OR zu bezahlen. Die Kosten für Mahnungen und Inkassobemühungen bestimmen sich nach dem Gebührenreglement und werden der versicherten Person auferlegt.
- ³ Sofern nicht vorher ein versichertes Risiko (Tod, Invalidität) eingetreten ist, endet die freiwillige Versicherung:
 - a) wenn das Referenzalter erreicht wird;
 - b) bei Wiederaufleben der obligatorischen Versicherungspflicht;
 - c) bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses;
 - d) mit Ablauf der Dauer der freiwilligen Versicherung.
- ⁴ Bei Beendigung der freiwilligen Versicherung nach Absatz 1 oder bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach Absatz 3 Buchstabe c wird die in diesem Zeitpunkt bestehende Freizügigkeitsleistung ausgerichtet. Vorbehalten bleibt die Ausrichtung einer Altersrente. Wird die versicherte Person bei der Pensionskasse obligatorisch weiterversichert, wird das Altersguthaben weitergeführt.
- ⁵ Die Vorsorgeeinrichtung kann die Weiterversicherung auf das nächste Monatsende kündigen, wenn Beitragsausstände, trotz bereits erfolgter Zahlungserinnerung mit 30-tägiger Zahlungsfrist, nach einer letzten Mahnung nicht innerhalb von 30 Tagen beglichen werden. Die Leistungen der Pensionskasse werden nur auf Basis der effektiv entrichteten Beiträge erbracht.